



Macht oder Machtmissbrauch?

Liebe Leserinnen und Leser,

ein Untersuchungsausschuss befasst sich unter anderem mit der Frage, ob und wenn ja, wie politische Einflussnahme auf die Besetzung von Führungsfunktionen genommen wurde. Immer wenn der U-Ausschuss tagte, ging eine kleine Erschütterung durch das Land. Diese

Inhalt

- 2 Erfüllungsübernahme – Schmerzensgeld durch den Dienstherrn
- 2 Im Gespräch mit MD a. D. Jörg Krauss
- 3 Immer für euch am Ball – DPoIG Personalräte in den Personalvertretungen
- 4 Über 1500 Beschäftigte demonstrieren in Stuttgart
- 6 Regierungsbezirksverband Karlsruhe wählt neue Führungsmannschaft
- 6 Kreisverband Tübingen tagt in Derendingen
- 7 Mitgliederversammlung des Kreisverbands Heilbronn
- 7 Uwe Ullrich – eine Legende geht von Bord
- 8 KV Waldshut-Tiengen unternimmt Bildungsreise nach Berlin
- 8 2024 – Seminare für die Vorbereitung auf den Ruhestand

Impressum:

Redaktion: Jörg Kluge
(V. i. S. d. P.)
Telefon +49.172.1397377
E-Mail: Joerg.Kluge@dpolg-bw.de
Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon 0711.9979474-0
Telefax 0711.9979474-20
Internet: www.dpolg-bw.de
E-Mail: info@dpolg-bw.de
ISSN 0723-1830

seismischen Auswirkungen drangen tief in das politische Gestein ein und so manches kam an die Öffentlichkeit, was das Vertrauen in die handelnden Akteure erschütterte.

Immer mehr werden auch Führungskräfte des Innenministeriums und der Polizei in diese Untersuchungen einbezogen. Aber es ist erst der Anfang, denn die meisten Führungskräfte werden erst noch geladen werden. Mit deutlichen Worten hatten bereits einige Polizeichefs im Ruhestand Licht ins Dunkel gebracht. Den ersten Polizeipräsidenten, der – wir kennen das von unserem Bundeskanzler – offensichtlich starke Erinnerungslücken geltend gemacht hatte, hat der U-Ausschuss deshalb förmlich vor die Tür gesetzt. Zwangsmaßnahmen werden geprüft und er darf erneut Platz im Ausschuss nehmen, in der Hoffnung, er kann sich daran erinnern, was – so der Buschfunk – bereits schriftlich dem Ausschuss vorliegen könnte.

Es ist eine spannende Frage, ob Politiker selbst in einer Art „Vetterleswirtschaft“ tätig waren, oder ob etwa in einer Art voreilendem Gehorsam, wer auch immer gehandelt hat. Die Grenzen zum Machtmissbrauch dürften fließend sein.

Immer wieder werden uns auch aus der Polizeibasis Hinweise zugetragen, in denen es um Fragen von Machtmissbrauch geht. Selbst dann, wenn vermeintlich nach Recht und Gesetz gehandelt wurde. Aber das ist ja auch nicht das Problem. Denn wer weiß, wie man Recht und Gesetz auslegen kann und was man tun muss, dass im Grunde kaum Anfechtungs-

- ➔ Lebensarbeitszeitverlängerung
- ➔ Beurteilung
- ➔ Stellenbesetzung
- ➔ Beförderungen



© Windmüller, pixabay

möglichkeiten bestehen, der hat die Mittel dazu. Wenn noch jemand die Kompetenz besitzt, die Sache so zu richten, wie man es möchte, hat dieser auch die Macht dazu.

Die Hinweise beschäftigen sich oft mit Beförderungen, die sicherlich auf schwierigen nachvollziehbaren Beurteilungen basieren. Nicht selten müssen auch wir zumindest ein deutliches „Gschmäcke“ feststellen. Es ist schon fraglich, warum die einen nach einer Beförderung gleich wieder im quotierten Bereich beurteilt werden und andere nicht. Sind es tatsächlich Leistungsaspekte?

In den vergangenen Wochen beschäftigte mich persönlich die Frage, warum im höheren Dienst quasi alle Lebensarbeitszeitverlängerungen bewilligt werden, was auch im mittleren und gehobenen Dienst für fast alle Präsidien gilt. Aber ein einziges Polizeipräsidium weicht davon ab. Und das bei gleichen Personal(über)belastungen und -erfüllungsständen. Ist es korrekt, Leistungswilligen und Leistungsfähigen eine freiwillige Weiterarbeit selbst dann zu versagen, wenn man um

die hohen Personaldefizite weiß? Will man, um bei der Kritik unseres Ministerpräsidenten zur Rente ab 63 zu bleiben, eine zwangsweise Verlängerung aller Polizeibeamten bis 63 oder 65 durchsetzen? Wann ist etwas dienstlich notwendig? Ist es korrekt, wenn alle Polizeipräsidien sich solidarisch verhalten und dazu beitragen, dass es zusätzliche Stellen gibt, aber das unsolidarische und abweichende Präsidium dann im gleichen Umfang partizipiert? Ist es auch dort nicht so, dass man weiß, was der Chef (kein Politiker) will, und nachgeordnete Führungskräfte in diesem Wissen danach handeln? Haben wir nicht auch hier eine Art des Machtmissbrauchs?

Erkenntnisse aus dem Personalratsamt kann man ja nicht öffentlich machen. Aber in meinem Fall könnten eine Vorladung in den Untersuchungsausschuss und die Verpflichtung zur wahrheitsgemäßen Antwort durchaus Abhilfe leisten – an mir wird es nicht liegen.

Ihr/euer

Ralf Kusterer





Erfüllungsübernahme – DPolG erneut erfolgreich

Beharrlich, konsequent, zielorientiert. Das sind Attribute, die man der DPolG zu Recht zuschreiben darf. Diesmal beim wichtigen Thema Schmerzensgeld und der Frage: „Wer bezahlt, wenn man keinen sogenannten Titel bekommt?“

Bereits mit Beginn der Einführung der Erfüllungsübernahme von Schmerzensgeld durch den Dienstherrn hat die Landesgeschäftsführerin und Justiziarin Sarah Leinert darauf aufmerksam gemacht, dass bei schuld- und deliktsunfähigen Tätern in der Regel kein Schmerzensgeld erwirkt werden kann. Die Fälle sind uns alle bekannt: psychisch Kranke, Betrunkene, Drogenkonsumenten oder Menschen in psychischen Ausnahmesituationen.



Jetzt hat das Innenministerium einen Gesetzesentwurf in Vorbereitung, der genau diese Forderungen der DPolG aufgreift. Er ermöglicht auch in den Fällen eine Übernahme, in denen der Täter entweder schuld- und deliktsunfähig ist. Hier soll mangels eines gerichtlichen Titels eine sogenannte Ombudsstelle darüber befinden.



Aber es wären nicht die DPolG und ihre wachsame juristische Abteilung, wenn nach Vorsichtung der geplanten Gesetzesänderungen nicht sofort weitere Defizite benannt würden. So hat der Bezirksvorsitzende Pforzheim, Uwe Grandel, nach juristischer Beratung jetzt an die Fälle erinnert, in denen man trotz bekannter Täter kein Schmerzensgeld erlangen kann. Beispielsweise in Fällen, in de-

nen es während einer Abschiebung zur Körperverletzung kommt, aber nach erfolgter Abschiebung kein Strafverfahren mehr eingeleitet wird und kein Schmerzensgeld erlangt werden kann.

Dankbar dürfen die Polizeibeschäftigten dabei dem im vergangenen Jahr ausgeschiedenen Staatssekretär Klenk sein, der sich vehement dieses Themas angenommen und noch am Tag seiner Verabschiedung eine baldige Umsetzung in Aussicht gestellt hatte. Dankbar darf man aber auch dem Juristen im Landespolizeipräsidium, Ulrich Ott, sein, der federführend und immer wieder in der Diskussion mit dem Landesvorsitzenden Ralf Kusterer für den Gesetzesentwurf zuständig war.

Im Gespräch – Leiter der Stabsstelle moderne Führung und Wertekultur, MD a. D. Jörg Krauss

Die Deutsche Polizeigewerkschaft ist nicht in Beifallsstürme ausgebrochen, als der Innenminister unter dem Druck der FDP-Landtagsfraktion, die ihm Arbeitsverweigerung vorgeworfen hatte, am 18. Juli 2023 einen 5-Punkte-Katalog vorgestellt und die Schaffung einer Wertestabsstelle angekündigt hat. Zu negativ geprägt ist die gesamte Polizei durch einen „Wertebegriff“ und eine „Wertestrategie“, die vom Innenministerium zu verantworten war.

Da sich aber der designierte und mittlerweile im Amt befindliche Leiter der Stabsstelle, MD a. D. Jörg Krauss, und der Landesvorsitzende Ralf Kusterer persönlich kennen, war es nur eine Frage der Zeit, bis beide in einen persönlichen

Dialog traten. Schließlich war es dieser Jörg Krauss, dem das 4-Säulen-Modell mit massiven Verbesserungen zuzuschreiben war. Und er war es auch, der bereits im Evaluationsprozess zur Polizeireform wichtige Impulse zur Personalstärke gegeben hatte.

Dass er zudem seine Ausbildung im mittleren Dienst begann und so die Polizei und ihre Strukturen von der Pike auf kennt, sei nur nebenher erwähnt.

Insofern verwunderte es dann auch nicht, wenn er die bisherige Wertestrategie auf den Kopf und infrage stellte. Es beruhigt, wenn derjenige, der jetzt für diese Fragen zuständig ist, zunächst feststellt, dass der Polizeiberuf ein wertorientierter Beruf sei und es

ja fast an die Ehre des Einzelnen geht, wenn man in seiner Nähe Plakate aufhängt, mit denen dieser Einzelne sich nicht identifizieren kann!

Jetzt wartet man gespannt auf das Ergebnis, das aus jetziger Sicht nichts, aber auch rein gar nichts zu tun hat mit der „alten“ Wertekampagne. Die

Deutsche Polizeigewerkschaft steht für einen offenen und mitarbeiterorientierten Diskurs zur Verfügung, der sich nach innen richtet. Aber sie steht garantiert nicht hinter ministerialer Publicity, die geeignet ist, dem Image der Polizei weiter zu schaden und die Polizeibeschäftigten vorzuverurteilen.





Personalvertretungen

#Ehrenamt sichtbar

DPoIG-Personalräte aktiv

Die Mitglieder des Personalrats führen ihr Amt unentgeltlich als öffentliches Ehrenamt. Nicht immer wird im täglichen Dienst deutlich, dass das Engagement im Personalrat zusätzlich zum regulären Dienst erfolgt. Die meisten Personalratsmitglieder werden nur für die Sitzungsteilnahme freigestellt. Die Vorbereitungen, und dazu gehört auch die rechtliche Auseinandersetzung mit allen Themen im Personalrat, muss zusätzlich erfolgen. Sichtbar wird die Mitarbeit oft nur bei Personalversammlungen oder bei der Berichterstattung im Intranet. ■



> Personalversammlung PP Heilbronn – am 14. November 2023 in Buchen und am 16. November 2023 in Öhringen



> Personalräteschulung – am 6. Dezember 2023 in Baiersbronn



> Arbeitsgemeinschaft der HPR-Vorsitzenden im Gespräch mit dem Staatsministerium am 9. November 2023



Einkommensrunde 2023

Über 1 500 Polizeibeschäftigte bei DPoIG-/dbb Demonstration



Baden-Württemberg



Ihr öffentlicher Dienst:
Leistungsstark und schlecht bezahlt!



Regierungsbezirksverband Karlsruhe des BBW

Am 20. November 2023 hat der Regierungsbezirksverband Karlsruhe des BBW – Beamtenbund Tarifunion seine Führungsmannschaft gewählt. Das Gremium bestätigte den seit 2018 im Amt befindlichen Vorsitzenden Dirk Preis einstimmig und zeigte eindrucksvoll, welche Akzeptanz seine Arbeit und seine Person innehaben.



Die DPoIG-Delegierten: Oliver Walther (FW KA), Christian Stemmler (KA), Andreas Bix (OG), Dirk Preis, Michael Hess (OG), Norbert Schwarzer, Uwe Holzer (BAD/RA/BH), Rolf Schlindwein (BR), Raphael Warth (BAD/RA/BH), Steffen Wacker (Lahr), Markus Baumgärtner (PP E FR) (von links)

Neuer Stellvertreter ist der Leiter der Zulassungsaußenstelle in Bruchsal, Norbert Schwarzer. Er gehört dem Verband der Verwaltungsbeamten an und ist dort in den Führungsgremien tätig. Auch in der DPoIG ist er seit Jahren Mitglied im Landesvorstand.

Ebenfalls als Stellvertreter wiedergewählt wurde Raphael Warth vom Kreisverband Baden-Baden, Rastatt, Bühl. In enger Zusammenarbeit mit Dirk Preis hatte er in den vergangenen Jahren den politischen Einfluss des Regierungsbezirksverbandes gestärkt und sich dabei wesentlich inner-

organisatorischen Aufgaben gewidmet. Die Vorsitzenden arbeiteten neben den Wahlen weitere zahlreiche Themenfelder in einer sehr engen Taktung ab. Schwerpunkte waren neben den Tarifverhandlungen die Nachwuchsgewinnung, unbesetzte Stellen und vor allem ein attraktiver

öffentlicher Dienst, der konkurrenzfähig zur freien Wirtschaft sein muss.

Bei der parallel stattfindenden Tagung des Regierungsbezirksverbandes Freiburg wurde Michael Hess von der DPoIG Offenburg als stellvertretender Vorsitzender bestätigt. ■

Jahreshauptversammlung Tübingen

Am 23. November 2023 hat der Kreisverband Tübingen seine Mitglieder zur Jahreshauptversammlung in die Sportgaststätte Derendingen eingeladen. Neben zahlreichen Kreismitgliedern kamen aus dem benachbarten Kreisverband Esslingen der neue Kreisvorsitzende Johannes Pethke, der Bezirksvorsitzende Alfred Seiter sowie der stellvertretende Landesvorsitzende und ÖPR-Vorsitzende beim PP Reutlingen, Oliver Auras. Aus dem Murgtal reiste Dirk Preis, Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand und stellvertretender HPR-Vorsitzender, an. Der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer kam aus Stuttgart dazu.

einstimmige Entlastung auch keine Überraschung. Die gab es auch nicht bei den Wahlen, die unter der Leitung von Dirk Preis folgendes Ergebnis erbrachten:

Kreisvorsitzende	Heike Strausberger
Stellvertretender KV-Vorsitzende	Steffen Hess
Geschäftsführer	Michael Rilling
Schatzmeisterin	Annika Dieringer
Kassenprüfer	Thomas Nagy
Kassenprüfer	Günter Strausberger
Frauenvertreterin	Sabrina Rilling
Tarifbeauftragte	Heike Strausberger

ling, Sabrina Rilling, Thomas Kotz, Markus Saur, Rüdiger Weiß, Ellen Scheiger, Bernd Schüle, Katja Schall, Frank Schall, Jürgen Meidl, Diana Lacher, Carola Ketterer, Tanja Holocher, Norbert Grobbel, Gudrun Gerstenkorn, Andrea Speiser, Björn Ehrmann.

Eine Auszeichnung für 40 Jahre Mitgliedschaft erhielten: Jürgen Adam, Dieter Meyer, Rainer Raiser, Ralf Roming, Jürgen Schweikert, Günter Strausberger, Hans-Peter Tausch.

Danach berichtete der Bezirksvorsitzende Adi Seiter aus dem Bezirk. Seinen Vortrag ergänzte Ralf Kusterer mit aktuellen berufspolitischen Themen. Das

Lokalkolorit kam schließlich von Oliver Auras. Er zeigte sich empört über ein Schreiben der Verwaltung, mit welchem streikbereite Tarifbeschäftigte eingeschüchert werden sollten. Er rief nochmals zur Streikteilnahme auf und brachte dabei klar zum Ausdruck, dass auch der Polizeipräsident keine Bedenken gegen Streikteilnahmen habe.

Auch bei dieser Jahreshauptversammlung blieben keine Fragen offen, denen sich die Gäste und die Vorstandschaft bereitwillig stellten. Das war sicherlich auch mit ein Grund, dass die Kreismitglieder gut informiert und voll des Lobes über diese Veranstaltung waren. ■

Die Kreisvorsitzende Heike Strausberger blickte in ihrem Geschäftsbericht auf zahlreiche Aktivitäten zurück. Die Kassenprüfung bestätigte der Kreisschatzmeisterin Annika Dieringer eine professionelle Kassenführung und so war die





Kreisverband Heilbronn unter neuer Führung

Am 29. November 2023 hat im Heilbronner Jägerhaus die Mitgliederversammlung 2023 stattgefunden, an der zahlreiche Mitglieder teilgenommen haben. Der stellvertretende Kreisvorsitzende Henrik Wieditz begrüßte den Vorsitzenden des Örtlichen Personalrats, Jörg Reutter, die Landesgeschäftsführerin und Justiziarin Sarah Leinert sowie den DPoIG-Landesvorsitzenden Ralf Kusterer. Letzterer leitete im weiteren Verlauf nicht nur die Wahlen, sondern gab auch einen umfassenden Lagebericht ab.

Zunächst standen der Geschäftsbericht des Kreisvorstandes und die Ehrungen verdienstvoller Mitglieder an. Es folgte die Verabschiedung des scheidenden Kreisvorsitzenden Uwe Ullrich, der über 25 Jahre Vorsitzender des Kreisverbandes war.



Auch der Kreisgeschäftsführer Dieter Erath, der seit 21 Jahren im Amt war, gab seine Tätigkeit in neue Hände. In seiner Laudatio würdigte Henrik Wieditz das Wirken der beiden und ihr großes Engagement über eine so lange Zeit. Jetzt übergaben sie einen gut aufgestellten Kreisverband an ihre Nachfolger:

Kreisvorsitzender	Matthias Schmitt
Geschäftsführer	Peter Wild

Da die Mitgliederversammlung einen Tag vor dem Warnstreik und der zentralen Demonstration in Stuttgart stattfand, waren die Tarifverhandlungen sowie die Übernahme der Ergebnisse für Beamte und Pensionäre im Mittelpunkt des Berichtes von Ralf Kusterer: „Sollten wir es schaffen, dass wir nur das Ergebnis beim Bund und den Kommunen erreichen, geht es für alle um mindestens 340 Euro. Das ist der Unter-

schied von A 10 nach A 11. Es geht um über 4 000 Euro im Jahr und 20 000 Euro in fünf Jahren. Grund genug, um einige wenige Stunden zur Demo zu kommen.“ Natürlich streifte Kusterer andere aktuellen Themen, wie zum Beispiel die Personalentwicklung, den Haushalt, die Arbeitszeit oder die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage. Jörg Reutter rundete den Lagebericht mit aktuellen Informationen zum PP Heilbronn ab. ■

Uwe Ullrich verabschiedet

Vor über 25 Jahren hatte Uwe Ullrich von Gerfried Blümel den Kreisverband Heilbronn übernommen. Ob er damals erahnen konnte, dass ihn sein großes Engagement und seine offene und kämpferische Art viele Jahre Wartezeit auf eine Beförderung kosten würden? Vermutlich nicht. Aber wahrscheinlich wäre es dem Kämpfer Ullrich auch egal gewesen. Rückblickend zeigt er auf seinen Rücken und das „breite Kreuz“, das man manchmal braucht. Am Ende einer so langen Amtszeit darf er heute feststellen, dass es immer im Mitgliederinteresse richtig war, Klartext zu reden und keine Konflikte zu scheuen.

Und gekämpft hat er wahrlich. Gekämpft in einer gewerkschaftlichen Hochburg der Konkurrenz. Und das mit Erfolg,

denn heute ist die DPoIG nicht nur in Heilbronn selbst, sondern im gesamten Präsidiums-bereich eine feste Größe. Heute stellt sie dort auch den Personalratsvorsitz und Ullrich selbst war bis zu seiner Pensionierung Mitglied des Personalrats.

Aber Uwe Ullrich war nicht nur Kreisvorsitzender. Kurz vor der Polizeireform 2014 führte er alle Kreisverbände innerhalb des zukünftigen Polizeipräsidiums zusammen und leitete die Gründung des Bezirksverbandes ein. Dabei übernahm er selbst in Doppelfunktion den Vorsitz. Er setzte sich für den Erhalt aller Kreisverbände ein – ein wesentlicher Verbandsvorteil in der heutigen Zeit, in der viele ehemalige Angehörige der Polizeidirektionen ihre Heimat verloren haben. Er sorgte wie kein Zweiter dafür, dass die

Kreisverbände gemeinsam an einem Strang zogen – in großer Verbundenheit und mit großem Zusammenhalt.

Bei seiner Verabschiedung im Rahmen der Mitgliederversammlung fand der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer, merklich bewegt, sehr persönliche Worte. Gemeinsam hatten beide die vergangenen Jahre eng zusammengearbeitet. Es war nicht zuletzt der feige Anschlag auf die Polizistin Kiewetter in Heilbronn, der sie zusammengeschweißt hatte. Kaum ein Jahr ist bis heute vergangen, in denen sie nicht das Andenken an die Kollegin, die selbst Mitglied in der DPoIG war, bewahren. Kusterer: „Solche Ereignisse vergisst man nicht. Es war wichtig, dass wir zusammengestanden haben. Auch in der schweren Zeit für



die Kolleginnen und Kollegen der Soko. Dazu gehörte auch der Impuls für eine besonders hohe Belohnung durch die DPoIG. Unser Treffen am Mahmal hatten wir fest eingeplant.“

Mit einem herzlichen „Vergelt's Gott“ verabschiedete Ralf Kusterer den scheidenden Vorsitzenden Uwe Ullrich mit einem Blinzeln in den zumindest einstweiligen Gewerkschaftsruhestand. Schließlich braucht es auch für die Senioren verbandserfahrende Mitglieder. ■



Bildungsreise nach Berlin

Kreisverband Waldshut-Tiengen

Auf Einladung des CDU-Bundstagsabgeordneten Felix Schreiner aus dem Wahlkreis Waldshut haben 15 Mitglieder des DPoIG-Kreisverbands

Waldshut vom 27. bis 30. November 2023 eine viertägige Bildungsfahrt nach Berlin unternommen. Auf dem Programm standen unter

anderem ein Informationsgespräch in der Landesvertretung Baden-Württemberg, ein Besuch der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen sowie die Erkundung des Fernsehturms am Alexanderplatz.

Darüber hinaus erhielten die Teilnehmer während des Stadtbesuchs die Gelegenheit, einen Blick hinter die Kulissen des Deutschen Bundestags zu werfen und eine Plenarsitzung zu besuchen. ■



Vorbereitung auf den Ruhestand 2024

Die bei unseren Mitgliedern sehr begehrten Seminare zur Vorbereitung auf den Ruhestand finden auch im Jahr 2024 in unserem Seminarhotel – Waldhotel Sommerberg in Baiersbronn/Obertal statt.

Die DPoIG-Landessenorenvertretung trifft mit einem ständig angepassten Hygiene-konzept höchste Sicherheitsvorkehrungen. Die reduzierte Teilnehmerzahl wurde auch 2024 beibehalten. ■

Die Teilnehmergebühr beträgt 60 Euro. Im Teilnehmerbetrag sind die Übernachtung mit Vollpension, Getränke und zahlreichen Unterlagen enthalten.

Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt.

Anmeldung über:
60plus@dpolg-bw.de

SEMINAR
VORBEREITUNG AUF DEN RUHESTAND

TARIF-SEMINAR

Termine 2024 Update 20.1.24 in Baiersbronn

NUR FÜR ANGENEHENDE RENTNER/INNEN

24./25. Juni 2024 = **2** freie Plätze
25./26. Juni 2024 = **9** freie Plätze

Anmeldung über:
60plus@dpolg-bw.de

Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt.

Die bei unseren Mitgliedern sehr begehrten Seminare zur Vorbereitung auf den Ruhestand finden in unserem Seminarhotel – Waldhotel Sommerberg in Baiersbronn/Obertal statt.

Die Teilnehmergebühr beträgt 60 Euro. Im Teilnehmerbetrag sind die Übernachtung mit Vollpension, Getränke und zahlreiche Unterlagen enthalten.

SEMINAR
VORBEREITUNG AUF DEN RUHESTAND

Termine 2024 - Update 20.1.24 in Baiersbronn

5./6. Februar = **7** freie Plätze
6./7. Februar = **10** freie Plätze
25./26. März = **ausgebucht**
26./27. März = **9** freie Plätze
17./18. April = **ausgebucht**
18./19. April = **ausgebucht**
21./22. Mai = **9** freie Plätze
22./23. Mai = **6** freie Plätze
29./30. Juli = **4** freie Plätze
30./31. Juli = **6** freie Plätze
7./8. November = **ausgebucht**
26./27. November = **ausgebucht**
27./28. November = **3** freie Plätze

Anmeldung über:
60plus@dpolg-bw.de

Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt.

Die bei unseren Mitgliedern sehr begehrten Seminare zur Vorbereitung auf den Ruhestand finden in unserem Seminarhotel – Waldhotel Sommerberg in Baiersbronn/Obertal statt.

Die DPoIG-Landessenorenvertretung trifft mit einem ständig angepassten Hygiene-Konzept höchste Sicherheitsvorkehrungen. Die reduzierte Teilnehmerzahl wurde auch 2024 beibehalten.

Die Teilnehmergebühr beträgt 60 Euro. Im Teilnehmerbetrag sind die Übernachtung mit Vollpension, Getränke und zahlreiche Unterlagen enthalten.